



Anspruch auf einen Betreuungsplatz für die Allerkleinsten

Der Countdown läuft

Ab 1. August 2013 haben alle Einjährigen einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Dies ist erst einmal eine gute Nachricht. Es freut viele Eltern, und die, die es werden wollen. Es freuen sich aber auch die GRÜNEN, die sich seit langem für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen. Der Anspruch bedeutet vor allem für Kinder aus benachteiligten und bildungsfernen Familien mehr Chancengerechtigkeit. Geleugnet werden darf aber auch nicht, dass es noch zahlreiche Unwägbarkeiten und Probleme gibt. Momentan weiß weder Rat noch Verwaltung, was am 1. August 2013 geschehen wird. Wird das Betreuungsangebot ausreichen oder werden Eltern die Stadt verklagen? Wie viele Plätze braucht Köln in den nächsten Jahren? Welche Möglichkeiten gibt es beim Ausbau der Betreuungsangebote?

Was ist los in Köln?

Am 15.10.2012 gab es stadtweit insgesamt 9.359 Betreuungsplätze für Unterdreijährige. Die konkrete Ausbauplanung sieht eine Realisierung von insgesamt 11.100 U3-Plätzen bis Juli 2013 vor, was einer Versorgungsquote von 38 % entspricht. Seit April 2012 konnten 25 neue Einrich-

tungen und zwei Kita-Erweiterungsbauten eröffnen. Dazu kommen 2.121 Plätze in der Kindertagesbetreuung (Stand September 2012). Mit einer Ausbaudynamik von 7,9 % ist Köln im NRW-Vergleich an der Spitze. Dennoch bleibt offen, ob alle, die wollen, ab August 2013 einen Platz in einer Kita oder bei Tageseltern bekommen. Die GRÜNEN gehen davon aus, dass der Bedarf höher ist als der momentane Ausbaustand. In einigen innenstadtnahen Stadtbezirken kann man momentan von einem Bedarf von mindestens 70 % ausgehen. Dies sind vor allem Stadtteile, wie Nippes, Klettenberg und Südstadt. In diese Stadtteile ziehen immer mehr junge, gut ausgebildete Familien. Aber nicht nur dort müssen ausreichend Betreuungsplätze im Angebot sein, sondern auch in Stadtteilen wie Vingst, Kalk und Buchforst. Wie viele Kinder ab August 2013 einen Platz brauchen, ist momentan Kugelleserei. In der Hoffnung auf einen Platz melden viele Eltern ihre Kinder in mehreren Kitas an.

Kita-Schiff

Kita-Schiff oder Kitas in Modulbauweise? Das Architekturbüro BAUBOX hat sich genau mit dieser Frage auseinandergesetzt und eine Idee entwickelt: eine schwim-

mende Kindertagesstätte auf dem Rhein. Ein durchdachter Schiffsumbau, der genau dort anlegen könnte, wo der Bedarf am größten ist. Innen- und Außenräume sind gleichermaßen vorhanden und das vom LVR geforderte Raumprogramm kann erfüllt werden. Der Vorschlag würde den Rhein stärker zu einem Teil des städtischen Lebensraums machen. Eine tolle Idee, von der die GRÜNEN hoffen, dass diese praktikable Lösung nicht der Ämter-Bürokratie zum Opfer fällt.

Modulbau

Eine weitere einfache Lösung wäre eine Kita in Modulbauweise: ein Passivhaus in Holzständerbauweise, das in kürzester Zeit montiert werden kann. Diese Idee der Bielefelder Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft mbH (BGW) ist vor allem für Stadtteile interessant, die mittel- und langfristig eine rückläufige Kinderzahl aufweisen. Die Kita kann später problemlos umgebaut und dann z.B. als Wohnraum weiter genutzt werden.

Bei allem notwendigen Ausbau ist von Bedeutung, dass mehr U3-Plätze nicht weniger Pädagogik und weniger Qualität bedeuten dürfen. *Kirsten Jahn*

Rekorde

Köln ist bei Touristinnen und Touristen so beliebt wie nie zuvor. 2012 hatte Köln 2,91 Millionen Hotelgäste. Das ist ein Wachstum von 2,5 % im Vergleich zu 2011. Erstmals durchbrach die Zahl der Übernachtungen die 5 Millionen-Grenze. Außerdem hatte Köln ca. 120 Millionen Tagestouristen. Josef Sommer, Chef von KölnTourismus, und Aufsichtsratsvorsitzende Elisabeth Thelen (Grüne) hatten bei ihrer Pressekonferenz allen Grund zur Freude. Mehr als 7 Millionen Übernachtungen sind die größte Zahl in der Geschichte des Tourismus Kölns. Unter den 100 bestplatzierten europäischen Städten nimmt Köln Platz 24 ein. Der Tourismus ist ein wachsender umsatzstarker Wirtschaftsfaktor für Köln. Mehr als 7 Milliarden Umsatz brachte er Köln. Mit schätzungsweise 175 Mio. Euro profitiert davon der städtische Haushalt.

Der August 2012 war mit 11 % Wachstum der stärkste, was die Übernachtungszahlen angeht. Dazu haben Kongresse der Geografen und Notare und die Messe „Gamescom“ vor allem beigetragen. Beim Auslandstourismus sind China, Japan, Brasilien und die Ukraine in der Spitzengruppe. Die Umsätze mit ausländischen Besucherinnen und Besuchern stiegen um 46 % an.

Eine besondere Bedeutung kommt Kongressen und Tagungen zu, was das Convention & Marketing Bureau mit Daten belegen kann. In 2012 zogen 45.069 Veranstaltungen über 3,3 Mio. Teilnehmende an. Das Kongresswesen ist ein Wachstumsfaktor.

Trotz diverser neuer Hotels am Markt ist die Auslastung aller Hotels gestiegen. Sie lag im Durchschnitt bei 47,6 % und damit deutlich über dem NRW-Durchschnitt mit 40 %.

Angesichts dieser Erfolgsstory für Köln ist es absolut nicht nachvollziehbar, dass die Geschäftsführung des Kölner Hotel- und Gaststättenverbands (Dehoga) immer noch gegen die Kulturförderabgabe Krieg führt. Die ab 2013 geänderte Satzung besteuert keine beruflich bedingten Übernachtungen und steht somit im Einklang mit der aktuellen Rechtsprechung des OVG Münster. Die Steuer wird Bestand haben. Es ist nun an der Zeit, im konstruktiven Dialog dem Pragmatismus den Vorzug zu geben und dabei auch bei weiterhin politisch unterschiedlichen Positionen die Abgabe anzuerkennen. *Jörg Frank*

Werbung in der Stadt

Ein Kommentar von Barbara Moritz

In allen Städten der Welt wird Werbung im öffentlichen Raum immer präsenter und auch aggressiver. Mega-Lights, Fahrgastunterstände, Litfaßsäulen, Großflächen, aber auch kleinere Formate wie Fahrradständer, Mastschilder, Stadtinformationstafeln und Zirkustafeln wetteifern um Aufmerksamkeit. Häufig verschandeln sie das Stadtbild. Viele Bürgerinnen und Bürger meinen, es ist zu viel Werbung im öffentlichen Raum. Manche sprechen von Reizüberflutung.

Nun hat die Stadt Köln die Chance, einen neuen Werbenutzungsvertrag für eine Laufzeit von 15 Jahren (2015-2030) abzuschließen. Derzeit wird eine europaweite Ausschreibung vorbereitet. Der Verwaltungsentwurf sieht eine Reduzierung der Werbeträger um 18% vor, obwohl insgesamt 300 neue Fahrgastunterstände mit Werbung vorgesehen sind.

Einigkeit besteht darüber, dass in der Altstadt zwischen Hauptbahnhof und Ost-Westachse sowie Rhein und Nord-Südfahrt eine Tabuzone gelten und in städtebaulich sensiblen Bereichen nur eingeschränkt Werbung möglich sein soll. Zu diesen Bereichen zählen die romanischen Kirchen, der Ring, die Rheinpromenade, aber auch die Stadtviertelzentren. Grünflächen, Parks und Kinderspielplätze sollen ebenfalls werbefrei bleiben. Auch sollen Rahmenbedingungen für die Designqualität vorgegeben werden.

Werbeverbote sollen dafür sorgen, dass gewaltverherrlichende, sexistische, rassistische oder andere herabwürdigende Werbung unterlassen wird.

Für viele ist dies immer noch zu viel Werbung. Sie fragen, warum das Werbevolumen nicht noch deutlicher reduziert wird. Sie sollten wissen, dass die Stadt mit der

Werbung im öffentlichen Raum jährlich hohe Einnahmen erzielt. Bislang waren es ca. 5 Mio. Euro pro Jahr. Außerdem sichert sich die Stadt einen großen Anteil der Werbeflächen für Eigenwerbung und Stadtinformationen.

Die Beratungen zu den Bedingungen eines neuen Werbenutzungsvertrags, der Mitte 2013 EU-weit ausgeschrieben werden soll, fanden bislang aus vergaberechtlichen Gründen nicht-öffentlich statt. Die Verwaltung hat die Vorlage ausschließlich für die nicht-öffentliche Ausschuss- und Ratsberatung vorgesehen. Die grüne Ratsfraktion erreichte, dass die Grundsatzfragen der Stadtwerbung im öffentlichen Teil der Ratssitzung am 19. März behandelt werden. Dies müsste eigentlich selbstverständlich sein. Denn es geht schließlich um die Nutzung des öffentlichen Raums. Und dies geht alle Bürgerinnen und Bürger an.



Foto: Oliver Mostert

Archäologische Zone und Jüdisches Museum

Busmanns Thesen - Eine Erwiderung

Die erste Forderung von Architekt Peter Busmann lautet „Innehalten und die Entscheidung auf ihre Tauglichkeit überprüfen“. Das hört sich vernünftig und sinnvoll an. Allerdings unterstellt sie auch, dass das bisherige Verfahren überstürzt und nicht hinlänglich geprüft sei.

Nur wenige Bauentscheidungen in Köln sind so ausgiebig und lange diskutiert und mit so viel externer Fachberatung grundsätzlich vorbereitet worden, wie dieses Projekt. Sowohl die Vorbereitung seit dem Jahre 2000, als auch zwei international besetzte Symposien, die Anerkennung des A-Stempels der Regionale 2010 und eine breite politische Unterstützung über mehrere Wahlperioden hinweg - unabhängig von aktuellen politischen Koalitionen - sprechen eine andere Sprache und zeugen nicht von Hast und Überstürzung.

Allerdings wird auch kaum eine Entscheidung immer wieder in Frage gestellt wie diese, obwohl durchaus größere Vorhaben mit weitaus größeren Investitionsvolumina in Planung sind, die noch gar nicht begonnen wurden.

Busmanns Thesen

Zum ersten: Die Reduzierung des Gebäudevolumens gegenüber dem Wallraff-Richartz-Museum.

Diese Kritik ist in keiner Weise nachvollziehbar, gibt doch erst dieses Zurückweichen des Gebäudes nach Norden beiden Museen einen adäquaten Eingangsbereich, wodurch auch die Straße eingezogen und in die Platzbereiche integriert wird.

Zum zweiten: Die Zerstrittenheit des wissenschaftlichen Beirats, die umstrittene Projektleitung und die fehlende Projektsteuerung.

Hierzu muss man dem Kritiker Recht geben. Deshalb ist die baldige Übernahme der Verantwortung für Konzept, Ausstellung und Betrieb des Hauses durch den Landschaftsverband Rheinland (LVR) eine glückliche Fügung, die eine Lösung der inhaltlichen Widersprüche verspricht. Die Vergabe an einen externen Projektsteuerer hat viel zu lange gedauert, wurde aber nun beauftragt.

Busmanns Idee

Peter Busmann belässt es aber nicht bei dieser Kritik, sondern präsentiert auch eine „eigene“ Busmannsche Idee. Es ist aber nicht etwa die Idee, die ein Büro mit dem Namen „Busmann+Haberer Gesellschaft“ im Wettbewerb eingereicht hat und die bereits im zweiten

Rundgang von der internationalen Fachjury einstimmig ausgeschieden wurde, sondern eine Idee, die einem anderen Wettbewerbsentwurf, dem von Trint und Kreuder Köln, auffällig ähnelt. Zu diesem Beitrag, der immerhin einen Ankaufpreis bekam, urteilt die Jury: „Andererseits führt dieses Raumkonzept im ersten Bauabschnitt, bei dem ein beinahe Fußballfeld-großes Steinvolumen von bis zu 5 m Höhe wie eine riesige Grabplatte den Stadtraum am Rathausplatz und vor dem Wallraff - Richartz - Museum beherrscht und abtötet.“ (vgl. Abb.)

„Grabplatte“

Die von Busmann über den Kölner Stadtanzeiger veröffentlichte Skizze verschweigt aber genau diese Problematik. Seine vorgeschlagene Platte mag nicht 5 m hoch sein, sondern vielleicht nur 3 m. Dies ist in der Skizze nicht zu erkennen. Die Zeichnung schweigt sich über die Anschlüsse an die Portalsgasse und

die Judengasse aus. Jedenfalls ist sie übermannshoch und bildet gegenüber den angrenzenden Straßen eine Mauer, die diese Stadtstraßen zu unattraktiven Hohlwegen macht. Viel niedriger dürfte die Platte auch nicht sein, sonst wären die darunter liegenden Ausstellungsräume viel zu niedrig. (vgl. Abb.)

Dazu Professor Dr. Heinz Günter Horn, ehemaliger Leiter der Landesbodendenkmalpflege, in einem Brief an die Ratsfraktionen: „Die Archäologische Zone wird – wie die durchaus vergleichbare Präsentation in St. Kolumba lehrt – einen „Luftraum“ benötigen, um die baulichen Reste von Prätorium und jüdischem Viertel für Besuchende überschaubar und in ihren Zusammenhängen überhaupt erst erfahrbar zu machen.“

Kritik und Anregungen sind durchaus willkommen, sie müssen sich aber auch eine Überprüfung gefallen lassen, Herr Busmann! „Ihre“ Idee ist in keiner Weise geeignet.

Barbara Moritz



Ideenskizze von Peter Busmann



Wettbewerbsentwurf von Trint und Kreuder

Bürgerschaftliche Netzwerke in Köln (X)

Lebenswert mobil per Fahrrad

„Rathaus Ratlos“ setzt seine Serie über bürgerschaftliche Netzwerke und Initiativen fort, die bürgerschaftliches Engagement in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen umfassen – auch in der Kultur. Bürgerinitiativen, Vereine und Selbsthilfeprojekte berichten über ihre Arbeit, ihre Entstehung, ihre Erfahrungen und ihre Zukunftspläne in „Rathaus Ratlos“. In dieser Ausgabe: Das Aktionsbündnis Kölner Fahrrad-Sternfahrt.

Mehr per Rad

Fahrradfahren als Fortbewegungsmittel wird in der Stadt in Zeiten des Klimawandels und der knapper werdenden Ressourcen immer wichtiger. Manche schwingen sich aus Gesundheitsgründen aufs Rad, andere aus ökologischen Gründen, wieder andere wollen preiswert mobil sein oder einfach nur schneller am Ziel sein. Jedenfalls ist in Köln eine Zunahme des Radverkehrs in den letzten Jahren zu verzeichnen.

Doch die städtische Infrastruktur und die Verkehrssicherheit für die Radfahrenden hinken hinter dieser Entwicklung her. Das möchte das Aktionsbündnis „Kölner Fahrrad-Sternfahrt“ ändern.

Zu wenig Infrastruktur

Das Bündnis besteht aus Verkehrsverbänden wie dem ADFC und VCD, Umweltverbänden wie Robin Wood und politischen Gruppierungen wie ÖDP,

AK Umwelt der Kölner SPD und dem Arbeitskreis Ökologie der GRÜNEN. Aber auch interessierte Einzelpersonen und die Bewohnenden der Autofreien Siedlung „Nachbarn60“ machen beispielsweise mit.

Vor fünf Jahren hieß das Motto „Autofrei-Spaß dabei!“, doch neben dem Spaß beim Radfahren sollen auch ernst zu nehmende Konzepte her, die die Stadt Köln fahrradfreundlicher machen. Mehr Fahrradabstellplätze, intakte und sicher geführte Radwege, aber auch Schutzstreifen statt Radwegen oder geänderte Ampelschaltungen gehören dazu.

6. Sternfahrt

Zum 6. Mal ruft das 2008 gegründete Bündnis nun schon zu einer Fahrrad-Sternfahrt von 10 Startpunkten beginnend in die Innenstadt auf. Bei der letzten Sternfahrt im Juni 2012 fuhren immerhin annähernd 1.000 Radelnde mit.

2013 sollen es noch mehr Teilnehmende werden. Für die Werbung, Planung und Vorbereitung werden noch Sponsoren gesucht. Spenden werden gerne entgegen genommen, sind aber nicht steuerabzugsfähig, da es sich bei dem Bündnis nicht um einen gemeinnützigen Verein handelt.

16. Juni 2013

Wer einmal bei der Kölner Sternfahrt mitgefahren ist, hat es sicher genos-

sen, die mehrspurigen Straßen wie z.B. die Ringe oder die Nord-Süd-Fahrt mal endlich ohne Autos und Abgase allein für sich zu haben. Statt Motorenlärm hört man nur Fahrradklingeln oder leises Reifenrollen. Statt schlechter Luft und ängstlicher Anspannung in der Rush Hour gibt es auf der Sternfahrt entspanntes Radeln im Pulk mit Gleichgesinnten...

Wer die Aktion Fahrrad-Sternfahrt und eine radfahrfreundliche Politik unterstützen möchte, fährt am 16. Juni 2013 mit, wirbt hierfür bei Freunden und Bekannten oder unterstützt das Aktionsbündnis finanziell.

**Nächster Termin:
Sonntag, den 16. Juni 2013
Abschlusskundgebung
Roncalliplatz**

Weitere Infos: <http://www.sternfahrt-koeln.de>

Aktionsbündnis Fahrrad-Sternfahrt
info@sternfahrt-koeln.de

Spendenkonto
Ethik Bank, Kontonr. 3183572, BLZ 830 944 95

Als Aktionsbündnis ohne gemeinnützigen Vereinscharakter können wir keine steuermindernde Quittung im Sinne des § 10 EStG ausstellen.



Mülheim 2020

Eine kritische Zwischenbilanz

Das Strukturförderprogramm „Mülheim 2020“ soll in Mülheim, Buchforst und Buchheim die Arbeitslosigkeit verringern, die Bildung stärken und städtebauliche Verbesserungen herbeiführen. Es wurde 2009 vom Kölner Rat beschlossen und hat ein Volumen von ca. 40 Mio. Euro EU-Mitteln mit einem städtischen Eigenanteil von 20 %. Zielsetzung ist, während der 5-jährigen Laufzeit das soziale Niveau, z.B. bei Arbeitslosigkeit und Kinderarmut so zu verbessern, dass es dem städtischen Durchschnitt entspricht. usw. Das unabhängige Institut „agiplan“ hatte dafür vor Programmstart 40 „Projektskizzen“ entwickelt.

Vergabebürokratie

Ideal wäre gewesen, die Projektskizzen zusammen mit den Mülheimer und Kölner Trägern zu entwickeln und sie nach Ratsbeschluss unmittelbar durch die Stadtverwaltung zu vergeben. Leider war dies laut Stadtverwaltung aus EU-rechtlichen Gründen nicht möglich. Die Folge war ein teils jahrelang andauerndes Ausschreibungs- und Vergabeverfahren

Im Spätsommer 2012 erklärte die Verwaltung, dass von 40 Projekten nur 30 realisiert werden könnten.

Projektstand

Die Presse ließ verschiedene „Skeptiker“ zu Wort kommen, die der Verwaltung Untätigkeit oder gar bis Unwillen vorwarfen. Die GRÜNE Ratsfraktion hat trotz aller Probleme darauf hingewirkt, zentrale Programm-Bausteine zu realisieren. Gemessen an den ursprünglich hohen Programmanspruch müssen nun alle Beteiligten feststellen, dass nur in einzelnen Projekten bis 2014 Fortschritte zu erzielen sind.

- „Büro Wirtschaft für Mülheim“, ein Beratungsbüro für lokalen Unternehmen, wurde erst am 15.02.2013 vergeben.
- „Kompetenznetzwerk Kreativwirtschaft“ zur Unterstützung der lokalen Kreativwirtschaft wird nach zahlreichen Konzeptüberarbeitungen nicht mehr realisiert.
- „Vereinsheim für e-sports“ zur Stär-

kung der Medienkompetenz von Jugendlichen wird nicht realisiert.

- „Mülheimer Job Factory“ zur zielgerichteten Qualifikation von Langzeitarbeitslosen ist inzwischen vergeben.
- „Frau und Beruf“ zur beruflichen Integration von Frauen mit Kindern ist inzwischen vergeben.
- „Neue Arbeit für Mülheim“, mit dem 12 Langzeitarbeitslose in einem neuen Wirtschaftsunternehmen Beschäftigung finden sollen werden, das sich perspektivisch wirtschaftlich selbst tragen sollte, wird aufgrund von Vergabebeschwerden wohl kaum realisiert.
- „Baustoff Recycling“ zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslose kann aufgrund der Förderbestimmungen des mitfinanzierenden JobCenters nicht ausgeschrieben werden und



Foto: Piccolo - Fotolia.com

wird nicht realisiert.

- „Internationales Geschäftshaus“, eine Idee von Geschäftsleuten in der Keupstraße ist noch von einer Realisierung weit entfernt.
- „Hauswirtschaftliche Unterstützungskräfte in städtischen Kindertagesstätten“ zur Integration von Langzeitarbeitslosen hat mit zehn Einstellungen in städtische Kitas erste Erfolge
- „Rucksack“ zur Verbesserung der Sprachkompetenz unter Einbeziehung der Eltern ist inzwischen in 12 Kitas und zwei Grundschulen aktiv.

Auf GRÜNE Anfrage erklärte die Verwaltung, dass ca. 30 Mio. Euro des 40-Mio-Programms sicher zum Einsatz kommen. Für alle definitiv nicht realisierbaren Projekte sei auch der städtische 20% Eigenanteil aus der Haushaltsplanung 2013 ff. gestrichen. Eine Übertragung nicht verausgabter Mittel in den Mülheimer „Verfügungsfonds“ sei ebenso wenig zulässig wie eine Mittelvergabe außerhalb des Programms „Mülheim 2020“. *Ossi Helling*

Wachstum

Der Radverkehr im Kölner Stadtgebiet wächst weiter. Das registrieren die Dauerzählstellen der Stadt Köln. An den Messpunkten Neumarkt, Zülpicher Straße, Deutzer Brücke und Hohenzollernbrücke wurden 2012 rund 5,2 Millionen Radlerinnen und Radler gezählt. Das sind 100.000 mehr als in 2011, obwohl die Witterungsbedingungen in 2012 deutlich schlechter als im Vorjahr waren. Verglichen zu 2009 wird der Zuwachs noch deutlicher: Innerhalb von nur drei Jahren nahm der Radverkehr um 20 % zu. Nur die Radwege-Infrastruktur stagniert.

Open Data Köln

Als Konsequenz aus dem Ratsbeschluss „Internetstadt Köln“ entwickelt die Verwaltung ein Open Data-Konzept zur öffentlichen Bereitstellung von Verwaltungsdaten im Netz. So soll Verwaltungshandeln transparenter und öffentlich zugänglich werden. „Fraunhofer FOKUS“ erstellte dazu im städtischen Auftrag eine Studie mit Handlungsempfehlungen.

Das Institut untersuchte, welche strategischen und konzeptionellen Vorsetzungen in Köln zu beachten und welche organisatorischen, rechtlichen und technischen Herausforderungen beim Ausbau des Open Data-Ansatzes noch zu leisten sind. Weiteres Ergebnis ist, dass die Bereitstellung der Daten grundsätzlich auf Basis des bereits existierenden Rechts möglich ist. Solange die verpennte Bundesregierung noch keine gesetzliche Basis geschaffen hat, kann eine Weiterverwendung der Daten an Nutzungsbestimmungen und eine Lizenz gekoppelt werden. Für die Umsetzung von Open Data wurden inzwischen alle Ämter der Stadt und die Stadtwerke eingebunden. Nun sollen externe Interessengruppen und die „Open Government Data Community“ die Studie begutachten, damit ihre Anmerkungen und Vorschläge in das Konzept einfließen können. Daher steht die Studie im Blog der Stadt Köln www.offenedaten-koeln.de zur Diskussion. Die Studie „Open Data Köln“ ist im Netz verfügbar: <http://s.fhg.de/open-data-koeln>. Die grüne Ratsfraktion plant dazu eine öffentliche Diskussionsrunde im Juni 2013.

Luftverschmutzung



Foto: Gabi Eder / pixelio.de

Die EU-Kommission hat es abgelehnt, Deutschland mehr Zeit zur Einhaltung der bereits seit dem 01.01.2010 verbindlich geltenden Grenzwerte zu geben. Stattdessen soll die Bundesregierung die Luftschadstoffe kurzfristig reduzieren. Aus GRÜNER Sicht ist diese Kritik nicht überraschend. Seit über zehn Jahren ist klar, dass vor allem der Kraftfahrzeugverkehr die entscheidende Quelle für Stickoxide und für Feinstaub in den Städten darstellt. Dennoch fehlt bei einem Großteil der Parteien und oft auch in den Verwaltungen die Einsicht, dass der KFZ-Verkehr für eine gute Luft reduziert werden muss. Dies ist am effektivsten durch Anreize für Fußgänger, Fahrrad und ÖPNV sowie restriktive Maßnahmen wie Temporeduzierung, Verkehrslenkung oder Durchfahrtsverbote für Autos und LKWs zu erreichen.

Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass eine von der Kommission geplante, frühzeitige Verschärfung der EU-Abgasnormen seinerzeit durch die Lobby der Autobauer und Kanzler Schröder verhindert wurde. Bleibt zu hoffen, dass die Autobauer wenigstens jetzt die neue Euro-Norm-6 zügig umsetzen, was die Luft auf jeden Fall verbessern wird.

mw

Nachtflug-Konflikt



Foto: Dieter Schütz / pixelio.de

Auf juristischem Weg kann Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) offenbar nicht gezwungen werden, das Nachtflugverbot für Passagierflüge am Flughafen Köln/Bonn zu genehmigen. Die rot-grüne Landesregierung hat dem Bundesverkehrsministerium als Genehmigungsbehörde die Nachtflugeinschränkung zugeleitet. Die Landesregierung beauftragte zwei renommierte Anwaltskanzleien mit Rechtsgutachten. Redeker,

Zuwanderung

Hilfen statt Hetze

Durch den Beitritt von Bulgarien und Rumänien in die Europäische Union haben die Bürgerinnen und Bürger dieser Staaten seit 2007 - wie die übrigen EU-Bürgerinnen und -Bürger auch - das Recht auf unbegrenzte Reise- und Niederlassungsfreiheit. Ab 1.1. 2014 kommt die Arbeitnehmerfreizügigkeit als Grundfreiheit in der EU hinzu.

Migration und die damit verbundene nationale, religiöse und ethnische Vielfalt ist ein wichtiges Element der Europäischen Einigung und der Globalisierung. Die GRÜNEN begrüßen diese Realität ausdrücklich. Notwendig ist allerdings, dass insbesondere der Bund die mit Migration verbundenen gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Herausforderungen annimmt.

Ein eklatantes soziales Gefälle zwischen den Mitgliedsstaaten, die stillschweigende Akzeptanz von Ausgrenzung bestimmter Ethnien in Staaten wie Bulgarien und Rumänien dürfen nicht toleriert werden. Daher treten die GRÜNEN für wirkungsvolle europäische Hilfsmaßnahmen ein, die bei den Menschen vor Ort auch ankommen müssen, statt zu versickern.

Menschen, die aus Bulgarien und Rumänien in deutsche Städte gezogen sind, begeben sich dadurch oft in Lebenslagen, die eine soziale Gesellschaft nicht hinnehmen darf. Ihre Arbeitskraft wird durch Billigstlöhne und ungesi-

cherte Arbeitsverhältnisse ausgebeutet. Sie leben oftmals in menschenunwürdigen Wohnverhältnissen, für die sie Wuchermieten zahlen müssen. In den Stadtteilen stehen Beratungsstellen, Kitas und Schulen vor der Aufgabe, diese Probleme lösen zu helfen.

Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, hier vor Ort die Integrationschancen für die Zuwandernden aus Südosteuropa zu verbessern. Städte wie Köln haben aber keine finanziellen Spielräume für weitere Integrationsmaßnahmen mehr. Deshalb benötigen sie Hilfe vom Bund und der EU.

Zugleich ist es notwendig, der Hetze gegen Roma als Armutsfüchtlinge, die sich bloß Sozialleistungen erschleichen wollen, entgegenzutreten. Sie vergiften das politische Klima. Restriktionen, wie z. B. die Verschärfung von Grenzkontrollen und die Verweigerung des Schengen-Beitritts für Bulgarien und Rumänien, lehnen die GRÜNEN ab: „Innenminister Friedrich läuft sich mit markigen Sprüchen gegen Rumänien und Bulgarien für den Wahlkampf warm. Die verstärkte Zuwanderung von Roma in einige deutsche Städte erfordert eine koordinierte integrationspolitische Antwort von Bund, Ländern und Kommunen.“ (aus Pressemitteilung GRÜNE im Bundestag, 7.3.13)

Ossi Helling



Sellner und Dahs aus Bonn stellen fest, dass ein Bund-Länder-Streit vor dem Bundesverfassungsgericht keinen Erfolg verspricht. Die Kanzlei Quaes und Partner kommt zu einem ähnlichem Ergebnis: Auch wenn das Land NRW die operative Kompetenz habe, könne der Bund diese Sachkompetenz jederzeit durch Ausübung des Weisungsrechts an sich ziehen. Inzwischen wird die Durchsetzung von Nachtflugeinschränkungen im Bundestag behandelt. Die Landesregierungen Brandenburg, Rheinland-Pfalz und Hessen haben Anträge in die Länderkammer eingebracht. Allen Anträgen ist die

Verschärfung des § 29 LuftVG gemein. Die Bundesregierung beabsichtigt ihn so zu ändern, dass wirtschaftliche Belange bei der Interessensabwägung von Nachtflugverboten grundsätzlich Vorrang haben. Der Antrag der rot-grünen Landesregierung Rheinland-Pfalz geht am weitesten, sie möchte den Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm im Gesetz deutlicher regeln. In jedem Fall werden Nachtflugverbote Thema im Bundestagswahlkampf. Von der amtierenden schwarz-gelben Bundesregierung ist in Sachen Nachtflugeinschränkungen rein gar nichts zu erwarten. jf

Verwaltungsposse am Roncalliplatz

Dauerschäden für immer?

Mit jährlicher Regelmäßigkeit legt die Verwaltung dem Verkehrsausschuss eine Beschlussempfehlung zur Sanierung defekter Platten auf dem Roncalliplatz vor. Die Kosten dafür sind sechsstellig. Begründung: Die Platten können dem Druck der dort verkehrenden Fahrzeuge nicht standhalten. Auf Nachfrage hieß es zunächst, dass die Verursachenden der Schäden zur Kasse gebeten werden, soweit sie feststellbar sind. Auf weitere Nachfrage stellte sich allerdings heraus, dass damit deutlich weniger als 10 % der Kosten gedeckt werden können. Daraufhin beantragten GRÜNE und SPD im Verwaltungsausschuss, die Verwaltung möge einen Vorschlag machen, um den Roncalli- und Heinrich-Böll-Platz mittels versenkbarer Poller gegen unberechtigtes Befahren zu schützen. Das war im Herbst 2010.

Schilda am Dom?

Nach über zwei Jahren reagierte nun die Verwaltung: 118.000 Euro für die Errichtung, 32.000 Euro jährliche Wartungskosten und 196.000 Euro für die Öffnung der Poller durch eine zentrale Stelle im Dreischichtbetrieb wurden veranschlagt. Wenn nur noch die wirklich Berechtigten auf den Platz fahren dürften, wären dies weniger als eine Bewegung pro Stunde. Zugleich schlägt die Verwaltung vor, von der Umsetzung ihres Vorschlags abzusehen.

Arbeitsverweigerung

Eine Verwaltung kann kaum deutlicher

ihren Unwillen und ihre Missachtung gegenüber einem demokratisch gefassten Ausschussbeschluss zum Ausdruck bringen, den sie nicht umsetzen will: Erst zwei Jahre nichts tun und dann einen Vorschlag maßlos teuer rechnen. Viele Städte haben mit Pollern - gesteuert über Chipkartensysteme - erfolgreich ihre Innenstädte beruhigt. Die Kölner Verwaltung hat es in zwei Jahren nicht einmal geschafft, sich bei den stadteigenen Gesellschaften wie Sportstätten und HGK zu erkundigen, die solche Systeme betreiben, wie z.B. am Stadion.

Umwidmung

GRÜNE und SPD haben nun die Umwidmung des Roncalliplatzes beantragt, um das Befahren und damit die Platzschäden zu minimieren. Die meisten Anliegenden können ihre Geschäfte und Gebäude auch über andere Wege erreichen. Das Domhotel hat sogar einen direkten Zugang zur Tiefgarage unter dem Roncalliplatz.

Ideen gefragt

Die grüne Ratsfraktion bittet nun über ihre Website Bürgerinnen und Bürger um sachdienliche Hinweise und Vorschläge, wie der Roncalliplatz vor Schäden bewahrt werden kann:

<http://www.gruenekoeln.de/ratsfraktion/sonstiges/2013/poller.html>

Die Verwaltung will und kann es offensichtlich nicht.

Andreas Wolter



Foto: Regina Kobold

Impressum

Herausgeberin/Verlegerin: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Tel.: (0221) 22125919; **Fax:** (0221) 22124555
Mail: gruene-fraktion@stadt-koeln.de

Redaktion: Jörg Frank (ViSdP), Barbara Moritz

Autoren & Autorinnen dieser Ausgabe:

Jörg Frank (jf), Ossi Helling (oh), Ignatz Igel (ii), Kirsten Jahn (kj), Barbara Moritz (bm), Horst Thelen (ht), Matthias Welpmann (mw), Andreas Wolter (aw)

Realisation: Einblick Verlag Köln, Tel. 0221 / 510 65 50,

Bezug: kostenlos

Erscheinungsweise: 10 mal jährlich
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 09.03.2013
Die nächste Ausgabe erscheint am 30.04.2013

Rathaus Ratlos im Internet

www.gruenekoeln.de ,

Technische Realisation: Regina Kobold

E-mail: regina.kobold@stadt-koeln.de

FRAKTIONSGESCHÄFTSSTELLE

Bündnis 90 / Die Grünen im Kölner Rat

Rathaus - Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Tel.: 0221 / 22125919 oder 22125920

E-Mail: gruene-fraktion@stadt-koeln.de

Öffnungszeiten: mo bis fr 9 – 12 Uhr;

mo, di, do 13 – 16 Uhr; mi 13 – 19 Uhr

Fraktionsvorstand: Vorsitzende: **Barbara Moritz**; 1. stellv. Vorsitzender u. Geschäftsführer: **Jörg Frank**; 2. stellv. Vorsitzende: **Birgitta von Bülow**; Vorstandsmitglieder: **Kirsten Jahn, Andreas Wolter und Bürgermeisterin Angela Spizig.**

Fraktionsitzung (Mittwochskreis):

In der Regel mittwochs um 19:00 Uhr im spanischen Bau des Rathauses, Saal A15a, Erdgeschoss.

BÜRGERMEISTERIN

Angela Spizig

Tel.: 0221 / 22126063, **Fax:** 0221 / 22126064

Mail: angela.spizig@stadt-koeln.de

Referent: Christoph Goormann

Mail: christoph.goormann@stadt-koeln.de

ARBEITSKREISE

Die Fraktionsarbeitskreise tagen in der Regel während der Sitzungszeit monatlich im Fraktionsbüro, Rathaus Spanischer Bau, Rathausplatz 1. Die aktuellen Termine erfahren Sie entweder telefonisch (22125919) oder per eMail (gruene-fraktion@stadt-koeln.de). Im folgenden die Übersicht der verantwortlichen Ratsmitglieder (Sprecher & Sprecherinnen) für die jeweiligen Politikbereiche:

Bauen:

Finanzen:

Frauen:

Gesundheit:

Jugendhilfe:

Kultur:

Liegenschaften:

Rechnungsprüfung:

Schule & Bildung:

Soziales:

Sport:

Stadtentwicklung:

Stellenplan/Personal:

Umwelt:

Verkehr:

Verwaltung:

Wirtschaft:

Queer-AK:

Gerd Brust

Jörg Frank

Kirsten Reinhardt

Stefan Peil

Kirsten Jahn

Brigitta von Bülow

Manfred Richter

Manfred Waddey

Horst Thelen

Ossi Helling

Elisabeth Thelen

Barbara Moritz

Brigitta von Bülow

Matthias Welpmann

Bettina Tull

Andreas Wolter

Jörg Frank

Andreas Wolter

& Elke Hausner

ABO?

Rathaus Ratlos KOSTENLOS!

Es gibt zwei Möglichkeiten:

1. **E-Mail an gruene-fraktion@stadt-koeln.de**

2. **oder Postkarte an: GRÜNE im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln**

Bitte geben Sie an, ob Sie per Post die Printausgabe oder eine PDF-Datei als E-Mail erhalten wollen.



Foto: Oliver Mostert

Zurück zum Untertanengeist?

Fragwürdige Kampagne „Ampeln schützen, wenn wir sie beachten“

Schon zum zweiten Mal muss ich als erwachsener Verkehrsteilnehmer der Kampagne „Ein Augenblick Respekt“ - gemeint ist Respekt vor einer roten Ampel - begegnen. Mit der Übertragung eines mit Achtung und Anerkennung verbundenen Gefühls vor menschlicher Würde und Leistung auf das Rotlicht setzt die Stadtverwaltung die fragwürdige Sicherheitsphilosophie der Kölner Polizei einvernehmlich fort.

Nicht Ampeln schützen nämlich, davon zeugt die lange Liste der in Köln bei Grün die Straße querenden und zu Tode gekommenen und schwer verletzten Opfer, sondern ein vorsichtiges, umsichtiges, rücksichtsvolles, den Verkehr ständig und seine Gefahren einschätzendes und entsprechendes Verhalten. Nur wenn ein solches Verhalten den ersten

Rang erhält, können sich vor allem die schwächeren Verkehrsteilnehmenden vertrauensvoll und sicher im Straßenverkehr bewegen.

Die angesprochene Kampagne stellt diese grundlegende Tatsache wieder auf den Kopf. Die Denkmuster hinter einer solchen Kampagne können einen fast um den Verstand bringen: Es steckt darin ja nicht nur verkehrspolitischer Unsinn, sondern man muss sich fragen, welches Menschenbild Planende eines Plakates haben, die uns geradezu zu „Untertanen“ vor „respektgebietenden“ Ampeln machen wollen.

Vielleicht lohnt ein Blick auf das Verkehrsverhalten in fast allen anderen Ländern: Für die nicht motorisierten Verkehrsteilnehmenden dort ist es absolut unverständlich, wie ihres Verstandes und Urteilsvermögens mächtige Menschen bei Rot stehen bleiben können, wenn kein Fahrzeug naht. *Horst Thelen*

Ratsreporter Ignatz Igel



Aufgespießt

Öffentliche Investitionen in Bildung haben unbestreitbar hohe Priorität. Das gilt auch für Köln und die rot-grüne Ratsmehrheit hat dafür die Weichen gestellt. Bis 2015 sollen laut Schuldezernat 1,184 Milliarden Euro in Sanierung, Erweiterung und Neubau von Schulen investiert werden. Dies hat zur Folge, dass sich mittelfristig die Tilgungsleistung verdreifacht und die Zinszahlungen um das 2,5-fache steigen. Schulinvestitionen werden durch die jährlichen Schulmieten aus dem Ergebnisplan des Stadthaushalts (Teilplan 0301) finanziert. Jede weitere Erhöhung belastet somit den Ergebnisplan und vergrößert den Fehlbetrag des Haushalts (Hpl). Nun meldet das Schuldezernat Millionen Mehraufwand für Mieten an. Dabei hat der Finanzausschuss am 18.6.2012 beim Haushaltsbeschluss 2012 einen glasklaren Auftrag erteilt: differenziert Prioritäten setzen, um das eklatante Ausufer der Ausgaben einzudämmen. Erst auf rot-grüne Anfrage im Finanzausschuss am 18.3.2013 meldete sich nun die Verwaltung zurück. Man habe geprüft und durch zeitliche Streckung von Maßnahmen könne das Investitionsvolumen um 18 Mio. € verringert werden. Das sind lächerliche 1 % des Gesamtvolumens. Im Übrigen denke man über die Reduzierung von Nutzflächen und Standards nach. Vorschläge würden noch in den Stadtvorstand eingebracht. Drei Wochen vor Beschlussfassung des Hpl 2013/2014 ist dies ein Offenbarungseid. Was hat die Verwaltung eigentlich seit Juni 2012 getan, während der Oberbürgermeister nicht müde wurde, die dringende Konsolidierung der Stadtfinanzen anzumahnen und für „unpopuläre Maßnahmen“ zu werben? Die Verwaltung möchte nun ohne begründeten Nachweis im Hpl. den Mietaufwand um 5,9 Mio. Euro in 2013 und 24,1 Mio. Euro in 2014 erhöhen. Ist das verantwortlich, während dieselbe Verwaltung die Mittel für Bürgerzentren und Integrationsarbeit massiv zusammenstreichen will?

Termine

Donnerstag, 4. April, 19.00 Uhr
KreisMV GRÜNE Köln
Programm zur Bundestagswahl
Wahl von Vorstandsmitgliedern
VHS-Forum, Cäcilienstraße 29-33

Freitag, 12. April, 10.00 Uhr
Finanzausschuss
Finale Haushaltsberatung
Beschlussempfehlung zum Hpl

2013/2014
Rathaus, spanischer Bau, Saal B121

Dienstag, 30. April, 10.00 Uhr
Ratssitzung I
Haushaltsbeschluss 2013/2014
Rathaus, spanischer Bau

Dienstag, 30. April, 15.00 Uhr
Ratssitzung II
Rathaus, spanischer Bau